

Josef Held/Seddik Bibouche/Gerhard Dinger/
Gudrun Merkle/Carolin Schork/Laura Wilms

Rechtsextremismus und sein Umfeld

Eine Regionalstudie und
die Folgen für die Praxis



Josef Held/Seddik Bibouche/Gerhard Dinger/
Gudrun Merkle/Carolin Schork/Laura Wilms
Rechtsextremismus und sein Umfeld

Josef Held, Professor am Institut für Erziehungswissenschaft an der Universität Tübingen

Seddik Bibouche, Lehrbeauftragter an der Universität Tübingen

Gerhard Dinger, Leiter der Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus im Landratsamt des Rems-Murr-Kreises

Gudrun Merkle, Politikwissenschaftlerin

Carolin Schork, M.A. in Soziologie und Erziehungswissenschaften

Laura Wilms, Studentin an der Universität Tübingen

Josef Held/Seddik Bibouche/Gerhard Dinger/
Gudrun Merkle/Carolin Schork/Laura Wilms
Rechtsextremismus und sein Umfeld
Eine Regionalstudie

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Kundgebung der »Jungen Nationaldemokraten in Tübingen, 21.7.2007

(Fotograf: Klaus Franke)

Druck und Buchbindearbeiten: Fuldaer Verlagsanstalt

ISBN 978-3-89965-279-6

Inhalt

Einleitung.....	9
1. Rechtsextreme Dynamiken in der politischen Kultur – theoretische Ansätze und Forschungsstand	13
1.1 Rechtsextremismus	13
Theoretische Bezüge.....	13
Einschlägige Forschung	22
1.2 Felder der politischen Kultur.....	26
Sensibilisierende Konzepte.....	27
Politische Kultur	27
Die Akteure.....	29
Die soziokulturellen Felder	30
Rechtsextreme Milieus	33
Der Akteur im soziokulturellen Feld	37
Der Akteur im rechtsextremen Milieu	38
Atmosphärische Verdichtungen	42
2. Untersuchungsrahmen	44
2.1 Forschungsleitende Fragen	44
2.2 Untersuchungsgruppen	45
2.3 Methoden.....	46
3. Empirische Ergebnisse der Untersuchung	51
3.1 Das politische Klima im Untersuchungsgebiet	51
Beschreibung einer prosperierenden Region	51
Rechtsextremisten jenseits und diesseits der »roten Linie«	61
Formen der Unterstützung des Rechtsextremismus	66
Von Rechtsextremisten extern initiierte Prozesse.....	70
Interne Prozesse im Gemeinwesen	74
Lokale Erfahrungen in einer auffälligen Gemeinde	77
Kommunale Politik und Rechtsextremismus	80

3.2 Einflussfaktoren für rechte Orientierungen	95
Kurzcharakteristik der Stichprobe	95
Rechte Orientierungen	96
Regionale und soziale Voraussetzungen für rechte Orientierungen.....	106
Zukunftsperspektive als Einflussfaktor.....	113
Segmentäre Orientierung, Anerkennung und interkulturelle Kontakte als Einflussfaktoren	114
Die Beziehung zur eigenen Gegend: lokale Orientierungen als Einflussfaktoren.....	117
Die Beziehung zwischen Umfeld und rechten Orientierungen	120
3.3 Beziehungen zwischen Umfeld und Rechtsextremismus – die Auswertung der Fokusgruppen	122
Erfahrungen mit Rechtsextremismus.....	123
Die Beziehung zum Nationalsozialismus	126
Einstellungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund.....	132
Typische Haltungen gegenüber den Rechtsextremen	135
4. Rechtsextremismus als Teil der politischen Kultur	165
4.1 Die regionale politische Kultur.....	165
4.2 Soziale und regionale Faktoren für rechte Orientierungen.....	166
4.3 Rechtsextreme Milieus	168
4.4 Haltungen gegenüber den Rechtsextremen	170
4.5 Spontane Dynamiken als Folge atmosphärischer Verdichtung.....	171
5. Folgerungen für die Praxis	172
5.1 Übersicht über Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.....	172
5.2 Diskussion der praktischen Maßnahmen im Lichte unserer Studie.....	175
5.3 Folgerungen aus den eigenen Untersuchungsergebnissen für die Praxis.....	180
5.4 Allgemeine Handlungskonsequenzen.....	183
Literatur	185

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1: Politische Kultur	27
Abb. 2: Forschungsdesign	47
Abb. 3: Orientierungsschema für die Fokusgruppen und die qualitativen Interviews	50
Abb. 4: Rechtsextremistische Straftaten: BW und RMK im Vergleich	53
Abb. 5: Nationale Orientierung der Befragten	98
Abb. 6: Rassistische Orientierung der Befragten	100
Abb. 7: Autoritäre Orientierung der Befragten	102
Abb. 8: Politische Standortbestimmung der Befragten	105
Abb. 9: Mittelwerte der Rechtsextremismus-Skalen für Befragte aus Gemeinden mit rechtsextremen Aktivitäten und unauffälligen Gemeinden	108
Abb. 10: Mittelwerte für die Rechtsextremismus-Skalen nach Erwerbsstatus	109
Abb. 11: Mittelwerte für die Rechtsextremismus-Skalen nach Geschlecht	110
Abb. 12: Mittelwerte für die Rechtsextremismus-Skalen nach Bildungsniveau	111
Abb. 13: Mittelwerte der Rechtsextremismus-Skalen nach Staatsangehörigkeit	112
Abb. 14: Mittelwerte der Rechtsextremismus-Skalen nach jugendkulturellen Szenen	116

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1: Ergebnisse der Landtagswahl 2006 im RMK (in Prozent)	53
Tab. 2: Übersicht über die unterschiedlichen Haltungen der politisch Verantwortlichen in den Gemeinden des untersuchten Gebietes	93
Tab. 3: Nationale Orientierungen im Vergleich über mehrere Jahre	100
Tab. 4: Rassistische Orientierungen im Vergleich über mehrere Jahre	101
Tab. 5: Autoritäre Orientierungen im Vergleich über mehrere Jahre	103
Tab. 6: Mittelwerte zu einzelnen politischen Statements (nur Deutsche)	104
Tab. 7: Korrelationsmaße zwischen dem Index »lokale Orientierungen« und den Rechtsextremismus-Skalen	118
Tab. 8: Korrelationsmaße zwischen den Fragen zu Haltungen und Reaktionen des Umfelds und den Rechtsextremismus-Skalen	121
Tab. 9: Korrelationen zwischen dem Index zur politischen Einschätzung des Umfelds, den Rechtsextremismus-Skalen und dem Index »lokale Orientierung«	121

Unser Dank gilt allen, die sich in konstruktiver Weise am Entstehen dieses Berichts beteiligt haben, in erster Linie allen Befragten, die sich für uns Zeit genommen haben. Wir danken dem Verein für Arbeits- und Kulturbeziehungen (VIAK), der IG Metall und der Landeszentrale für politische Bildung für ihre Unterstützung.

Ein besonderes Dankeschön geht an alle Studierenden des Instituts für Erziehungswissenschaft, die an der Datenerhebung und Datenauswertung beteiligt waren. Es sind dies namentlich: Anke Al-Haddam, Hilal Bahadir, Kristin Baumhoer, Corina Baur, Anne Bräuchle, Heval Demirgögen, Florian Dirr, Veslemoy Fossum, Hana Hasan, Klaus Herkert, Mathias Jung, Verena Kärcher, Pinar Kehribar, Claudia Klein, Nadine Klemenz, Kevser Koca, Sarah Koch, Helena Krampe, Samira Ossman, Torsten Mayer, Alejandra Lopez Medina, Melanie Moll, Manuela Ponto, Anna Pruski, Martin Renz, Marc Schubert, Vesna Segrt, Angela Seubert, Tina Tomschitz, Maria Uchwat, Birgit Vollmer, Benjamin Wangler, Laura Wilms, Marie-Louise Winter, Nadja Wörner, Kristin Wunder, Aster Yeman.

Einleitung

*»Rechtsextremismus im RM-Kreis: Der ganz normale Rassismus. Extreme Gewalt, rechte Denkmuster und die allzu stumme Mitte.«
(Kreiszeitung 11.11.2006)*

*»Mit Waffen habe ich nicht gerechnet.« Der Farbige Manuel U. wurde vor einer Woche am Busbahnhof zusammengeschlagen.«
(Kreiszeitung 7.11.2006)*

*»Rechtsextremismus ›weiter ernst zu nehmen‹. Straftaten im RM-Kreis haben 2005 wieder zugenommen.«
(Kreiszeitung 19.7.2006)*

Rechtsextreme Aktivitäten sind im RM-Kreis immer wieder in die Schlagzeilen geraten. Der Verein für internationale Arbeits- und Kulturbeziehungen (VIAK) hat deshalb 2005 der Tübinger Forschungsgruppe vorgeschlagen, eine Studie zum Rechtsextremismus in diesem Kreis durchzuführen. Es lag nahe, isolierte rechtsextreme Gruppen zu untersuchen. In der gemeinsamen Projektplanung kamen wir jedoch zu dem Ergebnis, dass es weder sinnvoll noch für uns realisierbar ist, die Rechtsextremisten als besondere Gruppe zu untersuchen. Nicht nur, dass der Zugang zu solchen Gruppen extrem schwierig wäre, sondern es bestünde auch die Gefahr, diese Gruppen dadurch aufzuwerten. Außerdem könnte der Eindruck entstehen, dass der Rechtsextremismus ein isoliertes Phänomen sei, bei dem der soziale Kontext keine Rolle spielt (dazu kritisch Held/Horn/Marvakis 1996: 35).

Uns hat dagegen mehr interessiert, welchen Beitrag das soziale Umfeld für die Entstehung und Verbreitung von Rechtsextremismus leistet. Da diese Fragestellung selten untersucht wird, legten wir mit der VIAK als Thematik unserer Studie fest: »Rechtsextremismus und sein Umfeld«. Genauer gesagt sollte es um die Frage gehen, welchen Einfluss das soziale Umfeld auf die Entwicklung von Rechtsextremismus hat und umgekehrt, welchen Einfluss der Rechtsextremismus auf das Umfeld hat.

Diese scheinbar einfache Fragestellung ist theoretisch voraussetzungsvoll. Sie setzt voraus, dass man weiß, was Rechtsextremismus ist. Die Definitionen dazu sind jedoch genauso unterschiedlich wie die theoretischen Erklärungsansätze. Rechtsextremismus wurde von uns vor zehn Jahren definiert als eine ex-

treme Ausprägung rechter Orientierungen auf einem Kontinuum. Rechtsextremisten verstanden sich damals überwiegend als Vollstrecker der schweigenden Mehrheit oder des von ihnen angenommenen Volkswillens.

Es gab zwar auch damals schon Rechtsextreme, die das Kontinuum hinter sich gelassen hatten, es waren aber eher Einzelfälle an der Grenze zur Psychopathologie. Inzwischen hat sich eine ganze Szene etabliert und zwar jenseits einer »roten Linie«, jenseits der ein Verständnis in der Öffentlichkeit nicht mehr vorhanden ist. Die Rechtsextremen jenseits der roten Linie fühlen sich zwar vielleicht immer noch als Vertreter der schweigenden Mehrheit, leiden dabei aber an Realitätsverlust. Sie sehen sich gerne als tapfere Märtyrer. Diesseits der roten Linie findet sich eine andere Form des Rechtsextremismus. Diese Leute können nicht nur auf die Zustimmung in ihrem rechten meist dörflichem Milieu rechnen, sondern sie schaffen sich auch diese Zustimmung durch bürgerschaftliches Engagement.

Der Rechtsextremismus ist also in sich heterogener geworden, er besteht aus unterschiedlichen Strömungen und verschiedenen Milieus. Die Rechtsextremen bedienen sich kultureller Symbole, haben auch eigene kulturelle Formen entwickelt, die eine gewisse Anziehungskraft bzw. Attraktivität aufweisen.

Ähnlich problematisch wie die Bedeutung von Rechtsextremismus scheint der Begriff »Umfeld«. Meint Umfeld ein ganzes Dorf oder eine ganze Region mit all seinen Einrichtungen oder nur Personengruppen? Welche Bedeutung hat das Umfeld des Umfelds, ist nicht die ganze Welt in der Globalisierung das Umfeld? Hinzu kommt, dass die Rechtsextremisten oft schon Teil des so genannten Umfelds sind und dass man deshalb nur schwer von Umfeld sprechen kann. Der Rechtsextremismus ist Teil der politischen Kultur, er ist Ausdruck und Folge des politischen Klimas einer Region. Rechtsextreme Milieus korrespondieren mit soziokulturellen Feldern, die den Rechtsextremismus potenziell begünstigen und auf die der Rechtsextremismus einwirken will. Natürlich wird die regionale politische Kultur durch ganz verschiedene politische Strömungen bestimmt. Uns interessieren im Projekt aber nur die soziokulturellen Felder besonders, in denen sich der Rechtsextremismus gut entwickeln kann, die eine Nähe zu ihm aufweisen und ihm einen Resonanzboden liefern.

Die Individuen in einer politischen Kultur machen in soziokulturellen Feldern Erfahrungen, machen auch Erfahrungen mit rechtsextremen Milieus und können deshalb eine Nähe zu rechtsextremen Milieus in den entsprechenden soziokulturellen Feldern entwickeln.

Ob sie eine solche Nähe entwickeln, hängt von verschiedenen situationalen und personalen Bedingungen ab, aber auch von der Bindung an das lokale soziokulturelle Feld. Wichtig sind auch die Erfahrungen, die mit verschiedenen Gruppen gemacht werden.

Diese theoretischen Überlegungen haben unser Projekt angeleitet und sie haben sich im Prozess der Auswertung immer wieder verändert. Die komplexe Thematik der politischen Kultur im Spannungsfeld von rechtsextremen Milieus, soziokulturellen Feldern und den individuellen Erfahrungen erfordert ein komplexes Forschungsdesign, wenn man ihr gerecht werden will. Dieses Design besteht aus den folgenden methodischen Ansätzen.

Da eine Regionalstudie zum Rechtsextremismus vor allem genaue Kenntnisse des Untersuchungsfeldes voraussetzt, sollte die ethnografische Methode herangezogen werden. Dazu suchte die Tübinger Forschungsgruppe einen Forscher vor Ort, der die Region kennt und möglichst dort auch lebt. Mit der ethnografischen Beobachtung betrauten wir in der Untersuchungsregion einen Jugendarbeiter, der in empirischer Sozialforschung ausgewiesen ist und der kontinuierlich über ein Jahr das Feld untersuchen sollte. Unser ethnografischer Forscher hat die Ereignisse vor Ort beobachtet, Gespräche mit Rechtsextremisten, Bürgern, Jugendlichen und politischen Verantwortlichen geführt, sowie Unterlagen, Presse und Dokumente ausgewertet. Dieser ethnografische Anteil ist deshalb wichtig, da man die Problematik eines soziokulturellen Feldes oder auch rechtsextremer Milieus nicht allein mit Hilfe von Fragebogen oder Interviews erforschen kann.

Um die Erfahrungen, Bedürfnisse und insgesamt die subjektiven Voraussetzungen von Individuen zu erfassen, und sie in Beziehung zu setzen zu den soziokulturellen Feldern und den Milieus kann man zusätzlich Umfragen durchführen und mit qualitativen Interviewformen arbeiten. Deshalb führten wir von Tübingen aus in dem ausgewählten Landkreis zusätzliche Untersuchungen durch.

Wir hatten dazu einen Fragebogen zum »politischen Klima« entwickelt, den wir in Schulen, Vereinen und Betrieben ausfüllen ließen. Gefragt wird nach der eigenen Situation, nach der sozialen Zugehörigkeit und Bindung, nach den politischen Orientierungen, der Anerkennung und der Beziehung zur eigenen Gegend. In diesen Themenbereichen wurde jeweils auch das Verhältnis zu Rechtsextremismus miterfasst.

Zusätzlich wurden mit einzelnen Gruppen so genannte Fokusgruppen durchgeführt, das waren Diskussionsgruppen, die sich mit rechtsextremen Vorkommnissen beschäftigten. In der Praxis wurden daraus oft Gruppeninterviews. Diese Fokusgruppen und Interviews zeichneten wir mit einem Videorekorder auf, wenn die Betroffenen einverstanden waren.

Die quantitative Umfrage und die qualitativen Befragungen wurden im Rahmen eines Projektseminars des Instituts für Erziehungswissenschaft der Universität Tübingen von Studierenden durchgeführt. Befragt wurden Jugendliche der verschiedenen Schularten und junge Auszubildende.

Da sich diese Untersuchungen nur an Jugendliche richteten, haben wir zusätzlich mit Multiplikatoren Interviews durchgeführt, also z.B. mit Bürgermeister*innen, Vereinsvorsitzenden und Lehrern.

Der Aufbau des folgenden Berichts folgt den bisherigen Ausführungen. Im ersten Kapitel stellen wir Ansätze und Projekte der Rechtsextremismusforschung vor, um vor diesem Hintergrund unseren eigenen theoretischen Ausgangspunkt zu entwickeln. Zu diesem Ausgangspunkt gehören sowohl eine eigene Definition von Rechtsextremismus, als auch eigene Erklärungsansätze und empirische Forschungen, die wir für eine geeignete Grundlage unseres Projekts halten. Daran anschließend entwickeln wir ein eigenes theoretisches Konzept für die Analyse der empirischen Ergebnisse.

Im zweiten Kapitel stellen wir den Untersuchungsrahmen dar. Dieser besteht aus den forschungsleitenden Fragen, die sich aus unseren theoretischen Überlegungen ergeben haben. Es folgen Beschreibungen der Untersuchungsgruppen und Darstellung der Untersuchungsmethoden im Einzelnen.

Die empirischen Ergebnisse unserer Untersuchungen werden im dritten Kapitel dargestellt. Das Kapitel besteht aus vier Teilen; im ersten wird das Untersuchungsfeld, nämlich der untersuchte Kreis und seine politische Kultur genauer dargestellt. Hier kommen die Ergebnisse der ethnografischen Beobachtungen und Recherchen zum Tragen. Im zweiten Teil dieses Kapitels werden Zusammenhänge anhand der Umfrage mit unserem Fragebogen untersucht. Es geht dabei überwiegend um die Frage, welche Einflussfaktoren für die Entwicklung rechter politischer Orientierungen verantwortlich sein können. Hier werden also statistische Zusammenhänge zwischen unabhängigen Variablen und den politischen Orientierungen analysiert. Im dritten Teil des Kapitels werden die qualitativen Ergebnisse dargestellt. Hier werden die Gruppengespräche mit und zwischen den Jugendlichen ausgewertet. Im vierten Teil des Kapitels folgen die Ergebnisse aus den Experteninterviews.

Während das dritte Kapitel aus vier heterogenen Untersuchungsteilen besteht, wird im vierten Kapitel versucht, die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen zusammenzufassen und miteinander in Beziehung zu setzen.

Das fünfte Kapitel erörtert Konsequenzen für die Praxis. Es sichtet zuerst die Angebote der Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus, setzt sie dann in Beziehung zu unseren Ergebnissen und zieht schließlich aus den Ergebnissen der Studie Folgerungen für die Praxis.

5. Folgerungen für die Praxis

Unsere Studie hat sich mit dem Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und kulturellem Umfeld auseinandergesetzt. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus können sich entweder auf den Rechtsextremismus selbst, das heißt auf rechtsextremistische Einzelne bzw. Gruppen richten, oder auf das Umfeld. Zentral war bei unserer Studie der Bezug auf die politische Kultur und auf die Akteure als Subjekte. Hinzu kam der starke regionale Bezug, der Wert legt auf die verschiedenen sozialen Felder und Milieus. Dies alles hat Konsequenzen für unsere praktischen Überlegungen zum Rechtsextremismus.

Wir werden im Folgenden zuerst eine Übersicht über die verschiedenen Maßnahmen und dann über die verschiedenen Ebenen und Felder geben, auf denen die Maßnahmen zum Tragen kommen. Im Anschluss daran werden wir prüfen, welche Maßnahmen auf welchen Ebenen mit unseren Ergebnissen vereinbar sind, was also davon aus unserer Sicht empfohlen werden kann und wo wir Probleme sehen. In einem nächsten Schritt werden wir unmittelbare praktische Folgerungen aus unseren eigenen Ergebnissen ziehen, wir werden danach fragen, was durch unsere Ergebnisse praktisch nahe gelegt ist, welche Strategien und Handlungsformen diesen angemessen scheinen. Zum Schluss setzen wir unsere Vorschläge in Beziehung zu den Vorschlägen, die jüngst die Berliner Forschungsgruppe um Richard Stöss für die gewerkschaftliche Arbeit gemacht hat (Zeuner u.a. 2007). Diese Gruppe kam mit anderen Methoden zu ähnlichen Konsequenzen für die Praxis. Dabei werden wir deutlich machen, was die zentralen Prinzipien für die Praxis aus unserer Sicht sein sollten.

5.1 Übersicht über Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

Arbeit mit rechten Jugendlichen

Wie schon in vorherigen Kapiteln erläutert, unterscheiden wir zwischen Rechtsextremisten jenseits und diesseits der »roten Linie«. Zusätzlich unterscheiden wir zwischen den organisierten rechten Jugendlichen, welche sich bereits in gefestigten rechten Strukturen bewegen und den nicht eingebunden rechten Jugendlichen. Bei der Arbeit mit rechten Jugendlichen diesseits der »roten Linie« finden Formen der üblichen Jugendarbeit Anwendung. Die mobile und aufsuchende Jugendarbeit, ebenso wie die Einzelfallarbeit, sind solche Maßnahmen mit rechten Jugendlichen. Der Fokus liegt auf dem Beratungsprozess

und dem Konzept der offenen Jugendarbeit. Arbeitsmaßnahmen mit rechten Jugendlichen jenseits der »roten Linie« sind z.B. die akzeptierende Jugendarbeit (Krafeld/Möller/Müller 1993), konfrontative Maßnahmen wie z.B. die Methode des »heißen Stuhls« und Aussteigerprogramme der Polizei.

Präventive Arbeit

In der präventiven Arbeit unterscheidet man zwischen drei Formen der Prävention: primär, sekundär, tertiär.

Die primäre Prävention konzentriert sich auf die Aufklärung und Beratung zur Vorbeugung von Gewalttaten. Maßnahmen der primären Prävention sind Kampagnen, wie »Deine Stimme gegen Rechts«, »Schule ohne Rassismus« oder »Respect my Culture«. Die Eventreihe »Laut gegen Nazis« unterstützt u.a. Sportevents wie »Sportfreunde kicken gegen Rechts«.

Die sekundäre Prävention richtet sich an bereits vorbelastete Jugendliche. Sie findet Anwendung bei rechten Jugendlichen ohne feste Einbindung. Maßnahmen der sekundären Prävention sind erlebnispädagogische Ansätze wie z.B. Sport- und Abenteuercamps gegen Gewalt, allgemeine natursportlich orientierte Aktivitäten (Schneebauer 2001). Die tertiäre Prävention beschäftigt sich mit bereits straffällig gewordenen Jugendlichen und fest geschlossenen rechten Gruppierungen. Sie stellt eine korrektiv-personale Intervention dar, die auch als Prävention gedacht ist und teilweise von Seiten des Staates als Sanktion verordnet wird, wie z.B. die Konzeption des Täter-Opfer-Ausgleichs (Schubarth 2000).

Reaktive Maßnahmen

Die reaktiven Maßnahmen sind Reaktionen auf konkrete rechtsextreme Ereignisse und Vorfälle, so zum Beispiel Aufrufe im Bereich Spenden, Engagement, Zivilcourage etc. Weitere reaktive Maßnahmen sind explizite Aktionen als Reaktion auf eine rechte Straf- bzw. Gewalttat. Aktionswochen gegen Rechts oder Aktionsbündnisse wie »Langenhagener gegen Rechte Gewalt« als Reaktion auf massive Gewaltakte der rechten Szene (siehe die Homepage der Langenhagener gegen rechte Gewalt, <http://lghg.wordpress.com/>).

Repressive Maßnahmen

Repressive Maßnahmen wie Strafverfolgung und Sanktionen sind wesentlich zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Nicht nur Gewalttaten, sondern ebenso Delikte wie die Verbreitung von Propagandamitteln oder der Einsatz von Nazi-Symbolik werden verfolgt.

Politische Bildungsarbeit

Im Bereich der politischen Bildungsarbeit lassen sich die Maßnahmen der Aufklärungs- und Geschichtsarbeit verorten. Eine wichtige Institution der politischen Bildungsarbeit sind die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung. Die Bundeszentrale bietet neben der Informations- und Aufklärungsarbeit Ratgeber zum Thema Rechtsextremismus, einen Initiativenüberblick, Broschüren, Ratgeber und diverse Fachartikel (siehe auch www.bpb.de). Eine Argumentationsreihe gegen die häufigsten Schlagwörter und Begriffszusammenhänge rechtsextremer Propaganda ermöglicht es im alltäglichen, im betrieblichen, im schulischen, im öffentlichen Leben den Parolen Paroli zu bieten. Bei der historischen Bildungsarbeit haben Geschichtsprojekte und Erinnerungsarbeit einen elementaren Stellenwert.

Kulturarbeit

Im Rahmen von Kultur gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus. Kulturwochen gegen rechts, wie zum Beispiel »Bunt statt Braun«, arbeiten mit Hilfe von Filmen, Theaterstücken, Vorträgen und Bildern. Vor allem auch im musikalischen Bereich werden diverse Aktionen und Events gegen Rechts initiiert. Musikfestivals wie »Rock gegen Rechts« oder »Rap gegen Rechts« gewinnen besonders bei Jugendlichen an Attraktivität und Aufmerksamkeit.

Interkulturelle Programme

Interkulturelle Programme ermöglichen es, unterschiedliche Kulturen kennen zu lernen. Durch interkulturelle Veranstaltung, z.B. Schüleraustausch, können Jugendliche gemeinsam miteinander und voneinander Kulturen erschließen (Schubarth 2000).

Trainings

Im Bezug auf Trainingsmaßnahmen lassen sich zwei Kategorien bilden: die präventiven und die intervenierenden Trainings. Die Präventiven Trainings setzen im Bereich Zivilcourage oder Toleranzfähigkeit an. Methoden wie Rollenspiele oder Selbstreflexion finden hierbei häufig Anwendung (Dietrich 2004). Die intervenierenden Trainingsmaßnahmen, wie z.B. das Antiaggressionstraining, konzentrieren sich vornehmlich auf die Gewalteinämmung.

Politische Maßnahmen

Eine politische Maßnahme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ist die Unterstützung benachteiligter Jugendlicher. Solche Maßnahmen basieren oft auf der Annahme, dass Rechtsextremismus eine Folge von Desintegration sei.

Eine politische Maßnahme zur Verbesserung der Möglichkeiten zur Lebensgestaltung stellte z.B. das AgAG Programm (Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt) in den neuen Bundesländern Anfang der 1990er Jahre dar. Die kompensatorische Arbeit spielte dabei eine tragende Rolle.

Koordination und Vernetzung

Die Vernetzung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Maßnahmen ist ein Ziel der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Das Zusammenwirken verschiedener Institutionen (Schule, Jugendeinrichtungen, Polizei u.a.), wie bei der Gemeinwesenarbeit, ermöglicht eine kommunikative, netzwerkorientierte Maßnahmenarbeit (Schubarth 2000).

Multiplikatorenarbeit

Die Multiplikatorenarbeit als Maßnahme gegen Rechtsextremismus hat einen Aufklärungscharakter. Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung z.B. stellen Lehrern und anderen Multiplikatoren Informationsmaterialien für Schulungen, Weiterbildungen und Unterricht zur Verfügung.

Die beschriebenen Maßnahmen finden auf unterschiedlichen Ebenen Anwendung. Wir unterscheiden sechs Ebenen:

- die staatliche Ebene (Strafverfolgung);
- die zivilgesellschaftliche Ebene (Kulturprogramme);
- die kommunale Ebene (Gemeinwesenarbeit);
- die schulische Ebene (Geschichtsprojekte);
- die betriebliche Ebene (Weiterbildung);
- die Ebene der Jugendarbeit (Mobile Jugendarbeit).⁴⁴

5.2 Diskussion der praktischen Maßnahmen im Lichte unserer Studie

Entsprechend der Thematik unserer Studie unterscheiden wir zwischen Maßnahmen gegen Rechtsextremisten bzw. dem Rechtsextremismus einerseits und Maßnahmen in Bezug auf das Umfeld andererseits. Der Schwerpunkt unserer Studie liegt eindeutig auf dem Umfeld und damit auf den Maßnahmen in Bezug auf das Umfeld. Trotzdem halten wir die Arbeit mit Rechten beziehungsweise rechtsextremen Jugendlichen für sehr wichtig, möchten aber darauf hinweisen, dass es *die* Rechtsextremisten nicht gibt, sondern dass man zumindest – wie in

⁴⁴ Die in Klammern stehenden Maßnahmen sind lediglich Beispiele zur Erläuterung der jeweiligen Ebene.

unserer Studie – zwischen Rechtsextremisten »diesseits und jenseits der roten Linie« unterscheiden sollte und zugleich zwischen organisierten und nicht fest eingebundenen Rechtsextremen bzw. rechtsextremen Gruppen. Auch wenn es natürlich zwischen den Gruppen Übergänge und eine Durchlässigkeit gibt.

Diese Unterscheidungen sind für die Wahl der Maßnahme aus zwei Gründen entscheidend: Die Ergebnisse der Forschung mit Rechtsextremen zeigen, dass Rechtsextreme jenseits der roten Linie, die an der Grenze zur Kriminalität stehen oder sie schon überschritten haben, andere Sozialisationsvoraussetzungen haben als diejenigen diesseits der roten Linie, die sich in der Gemeinde um Akzeptanz bemühen. Für die erstere Gruppe ist man sich in der Rechtsextremismusforschung einig, dass hier besondere Sozialisationsvoraussetzungen vorliegen. »Vor allem für die rechtsextremen Gewalttäter zeigt sich ganz offensichtlich die nachhaltige negative Wirkung gewaltbesetzter familialer Erziehung.« (Frindte/Neumann 2003: 62) Für solche Gruppen von Rechtsextremen ist sicher eine aufsuchende mobile Arbeit möglich, die sich an die akzeptierende Jugendarbeit anlehnt. Nicht sinnvoll scheint eine solche Arbeit mit rechtsextrem organisierten Gruppen. Für diese Gruppen wurde von Polizei und Staatsschutz eine Reihe von sinnvollen Maßnahmen entwickelt, wie zum Beispiel die Aussteigerprogramme.

Am schwierigsten scheint die Wahl der Mittel für nicht in Organisationen eingebundene rechtsextreme junge Menschen, wie zum Beispiel rechte Skinheads und Hooligans. Im Umgang mit diesen Gruppen und bei der Wahl der Mittel ist die erste Frage immer, ob es sich um gewaltbereite Gruppen handelt, die jenseits der Legalität operieren (Möller/Schuhmacher 2007). Ist dies nicht der Fall, so muss man beachten, dass es teilweise fließende Übergänge von konservativ zu rechtsextrem gibt. Da man davon ausgehen muss, dass alle genannten rechtsextremen Gruppen einen Zuwachs an Macht anstreben, wäre es für das Gemeinwesen gefährlich ihnen irgendeine Form von Akzeptanz zu signalisieren. Deshalb sind repressive Maßnahmen, wie zum Beispiel die Strafverfolgung bei Propagandadelikten, die Maßnahmen erster Wahl. Eindeutigkeit muss dabei das Prinzip sein. Ist das nicht der Fall, so können rechtsextreme Gruppen in bestimmten Gegenden eine Art *Hegemonie* erlangen, die zum Teil durch Einschüchterung und Angst hergestellt wird. In manchen Gemeinden Ostdeutschlands kann man feststellen, welche verheerenden Folgen eine solche Hegemonie hat. Im Umgang mit Rechtsextremisten haben verschiedene Ebenen bzw. Instanzen eine Verantwortung. Eine besondere Verantwortung hat dabei die staatliche Ebene. Angesprochen sind damit nicht nur staatliche Interventionsprogramme, staatlich regulierte Massenmedien, wie Fernsehen und Radio, oder die Einrichtungen für politische Bildung, sondern es geht vor allem auch um die entschlossene Intervention von Polizei und Gerichten.

Hier wird oft nicht gesehen, dass sich in den letzten Jahren ähnliche Verhältnisse wie in den USA in Gefängnissen hergestellt haben, das heißt, dass der Rechtsextremismus zum Teil auch aus dem Gefängnis heraus dirigiert wird. In einzelnen Fällen konnten wir feststellen, dass verurteilte Rechtsextremisten in Gefängnissen eine hohe Unterstützung erfahren.

Das Feld der Arbeit mit rechtsgerichteten Gruppen und Rechtsextremisten eignet sich nicht für Maßnahmen der politischen Bildung, der Kulturarbeit oder interkultureller Programme. Gut gemeinte Ausflüge mit Rechtsextremisten nach Auschwitz oder mit Skinheads in die Türkei stellen eher groteske Fehleinschätzungen der Möglichkeiten politischer Bildung dar. Pädagogische Programme gegen rechtsextremistische und rassistische Einstellungen ergeben nur dann einen Sinn, wenn die Adressaten selbst ein Interesse daran und ein Interesse an Selbstveränderung haben (Holzkamp 1997).

Besonders fragwürdig ist die These, dass es sich bei den Rechtsextremisten um benachteiligte Jugendliche handelt, deren Rechtsextremismus am besten durch die Verbesserung ihrer Lebensumstände bekämpft werden könnte. Dabei geht man davon aus, dass die Änderungen der Lebensumstände auch schon die Änderung der politischen Orientierung nach sich zieht. Es gibt jedoch eine relative Unabhängigkeit zwischen Lebenssituation und politischen Orientierungen, weswegen Veränderungen der Lebenssituation nicht automatisch zur Veränderung der Orientierungen führen. Erlebnispädagogik, zum Beispiel als kompensatorische Maßnahme gegen eine frustrierende Lebenssituation, ist sicher in vielen Fällen verdienstvoll, eine Strategie gegen Rechtsextremismus ist sie jedoch nicht. Die eigene Lebenssituation prädestiniert nicht an sich für Rechtsextremismus, sondern nur, wenn sie entsprechend interpretiert wird. Der Rechtsextremismus bietet Theorien an, durch die sich viele mit einfachen Mitteln ihre schlechte Lage oder ihre Ängste erklären können. Solche rechten Erklärungsmuster sind nur dann zugänglich für politische Bildung, wenn sie noch nicht gefestigt sind und wenn die Betroffenen bereit sind, über ihre fragwürdigen Interpretationen nachzudenken. Es gibt ganz wenige Ansätze, die aufweisen, wie man mit rechtsorientierten Jugendlichen Gespräche über die Interpretation ihrer schlechten Lage führen könnte. Bisher scheint es so, dass die politische Bildung rechte Jugendliche nicht erreicht hat und auch kaum mehr erreicht, und dass rechte Äußerungen von Jugendlichen von Pädagogen eher erschreckt und stumm zur Kenntnis genommen werden.

Der Schwerpunkt unserer Forschung lag nicht auf den Rechtsextremisten, sondern auf dem Umfeld. Entsprechend konzentrieren sich unsere Überlegungen und Vorschläge eher auf das Umfeld als auf die Arbeit mit Rechtsextremisten. Üblicherweise wird die Arbeit im Umfeld dem Bereich der präventiven Maßnahmen zugerechnet. Die Aufteilung der Maßnahmen in Prävention und

Intervention ist jedoch nicht sehr glücklich, da man fast alle pädagogischen und außerpädagogischen Maßnahmen der Sozialarbeit und der Jugendarbeit und auch der Verbände als präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus etikettieren kann. Dies zeigen auch die Anträge, die bei Bundes- oder Landesprogrammen gegen Rechtsextremismus von verschiedenen Gruppen gestellt werden. Fatal daran ist, dass die entsprechenden Maßnahmen damit undefiniert werden zu Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und sie damit einen manipulativen Charakter erhalten können. Die Maßnahme wird sozusagen nur durchgeführt, damit die Adressaten nicht anfällig für Rechtsextremismus werden. Wenn also zum Beispiel eine internationale Begegnung oder ein Jugendaustausch durchgeführt wird, so können die Veranstalter insgeheim beabsichtigen, die Teilnehmer gegen Rechtsextremismus zu immunisieren; diese nehmen aber nicht aus diesem Grund daran teil. Eine kontinuierliche Arbeit an der politischen Kultur in einem Gemeinwesen sollte einen Wert an sich haben. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus im lokalen Feld ist Teil der Arbeit an der politischen Kultur in diesem Feld.

Dies bedeutet nicht, dass die Ansätze, die für die Prävention entwickelt worden sind, übergangen werden können, sondern sie erhalten nach unserer Auffassung nur einen anderen Stellenwert. Dies gilt für die primäre Prävention, also zum Beispiel Beratungsansätze, für die sekundäre Prävention, zum Beispiel Verbesserung der Jugendarbeit und auch für die tertiäre Prävention.

Vor dem Hintergrund unserer Studie geht es weniger darum, junge Menschen oder bestimmte Gruppen von etwas abzuhalten, sondern progressive Gruppen, die sich vom Rechtsextremismus abgrenzen, zu stärken. Wenn solche Gruppen Events organisieren oder Kampagnen wie zum Beispiel gegen Ausländerfeindlichkeit, dann ist das zu unterstützen, wenn es die politische Kultur verbessert. Es sollte allerdings dabei berücksichtigt werden, dass es bei ihnen teilweise eine fragwürdige Glorifizierung der Migranten gibt und deshalb eine kritiklose Unterstützung zu hinterfragen sein kann. Wenn es rechtsextreme Vorfälle gegeben hat und Gruppen zu Aktionen dagegen aufrufen, wenn zum Beispiel Aktionswochen im Gefolge organisiert werden oder Kulturwochen oder Musikveranstaltungen, so dient das alles der Verbesserung der politischen Kultur, wenn die Abgrenzung zu rechten Szenen erfolgt.

Bei all diesen Aktionen und Initiativen ist die zivilgesellschaftliche Ebene angesprochen. Hier gilt es, soziale Zusammenhänge so herzustellen, dass Zivilcourage eine Chance hat. Unsere Studie hat in dramatischer Weise gezeigt, dass die Multiplikatorenarbeit ein wichtiges Moment in der Arbeit gegen Rechtsextremismus darstellen muss. Lehrerinnen und Lehrer, Vereinsvorstände und Jugendarbeiter, aber auch Bürgermeister haben zum Teil große Schwierigkeiten, angemessen mit Rechtsextremismus umzugehen. Zum Teil fehlt ganz

einfach das Wissen und die Sensibilität für rechtsextreme Erscheinungen und es gibt eine große Unsicherheit bezüglich der Intervention und Umgangsweise damit. Schulungen und Weiterbildungen scheint es in diesem Bereich nur bei der Polizei zu geben.

Wir haben in unserer Studie die betriebliche Ebene, in der die jungen Menschen arbeiten, die schulische Ebene und die Ebene der Kommune unterschieden. Die Ebene der Jugendarbeit kann man in diesem Zusammenhang zur kommunalen Ebene dazunehmen. Wir haben festgestellt, dass jede dieser Ebenen unterschiedliche Voraussetzungen für rechtsextreme Entwicklungen bietet. Entsprechend bieten sich auf jeder dieser Ebenen unterschiedliche Formen der Arbeit gegen Rechtsextremismus an. Betrachtet man nur die Möglichkeiten, die sich für den Rechtsextremismus zur Einflussnahme bieten, so sind diese Einflussmöglichkeiten auf der betrieblichen Ebene im Allgemeinen eher gering, auf der schulischen Ebene informell größer und am ausgeprägtesten auf der kommunalen Ebene. Es ist zwar richtig, dass die unmittelbare Einflussnahme Rechtsextremer auf der betrieblichen Ebene erschwert ist, dies bedeutet jedoch nicht, dass Erfahrungen im Betrieb keine Bedeutung hätten. Die dramatischen Umbrüche und die Internationalisierung im Arbeitsbereich werden von den Mitarbeitern tagtäglich erfahren. Die entscheidende Frage ist dabei, wie sie interpretiert und politisch verarbeitet werden. Hier besteht die deutliche Gefahr, dass solche negativen Erfahrungen von rechtsextremer Seite aufgegriffen und in spezifischer Weise interpretiert werden. Deshalb bietet sich auf diesem Feld vor allem die politische Bildung an, die fundierte Interpretationen und Erklärungen für die Phänomene anbieten kann. Es geht dabei nicht nur um Aufklärung und um Argumente gegen Rechts, sondern auch um geschichtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge.

Auf der schulischen Ebene muss berücksichtigt werden, dass es einerseits einen offiziellen Lehrplan und einen offiziellen Unterricht gibt, andererseits aber die Institution mit ihrem »heimlichen Lehrplan« Schüler in die Opposition treiben kann und sie anfangen, ein verdecktes Eigenleben zu führen, in dem sich der Rechtsextremismus entwickeln kann. In der Praxis geht es darum, dass die Lehrer/innen einen Zugang zu diesem informellen Bereich der Schüler/innen finden, was ein großes Maß an Vertrauen voraussetzt. Gemeinsame außerschulische Aktivitäten und Arbeitskreise könnten hier hilfreich sein.

Entsprechend der Ergebnisse unserer Studie ist vor allem der kommunale Bereich entscheidend für die politische Kultur und damit für die Entstehung und Verhinderung von Rechtsextremismus. Deshalb wird im Folgenden genauer darauf eingegangen und überlegt, welche Folgerungen aus unseren Untersuchungsergebnissen für diesen Bereich gezogen werden können.

5.3 Folgerungen aus den eigenen Untersuchungsergebnissen für die Praxis

Die meisten der oben diskutierten Maßnahmen enthalten pädagogische Konzepte, durch die der Rechtsextremismus eingedämmt werden soll. Dies trifft nicht nur für die politische Bildung zu, bei der die Nähe zur Pädagogik offensichtlich ist, sondern auch für Maßnahmen von Polizei und Justiz zum Beispiel, bei denen der pädagogische Anteil nicht so offensichtlich ist. Aber auch bei Polizei, Justiz und Sonderkommissionen, wie die Korex, gehören pädagogische Strategien zum Handeln gegen Rechtsextremismus. Strategien wie rasches und konsequentes Handeln, Grenzziehungen, keine Toleranzgewährung oder spezielle Kampagnen, aber auch die Aussteigerprogramme usw. enthalten pädagogische Komponenten. Die große Bedeutung pädagogischer Konzepte in fast allen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus wird von Wilfried Schubarth sehr überzeugend und detailliert aufgezeigt (Schubarth 2000). Er unterscheidet dabei schulische und außerschulische Konzepte, zu denen es inzwischen eine kaum mehr überschaubare Literatur gibt.

Ein wichtiges Ergebnis unserer Studie ist, dass diese Konzepte im Alltag kaum eine Rolle spielen. Voraussetzung dafür wäre zumindest, dass von den Verantwortlichen das Problem erkannt wird und die möglichen Maßnahmen bekannt sind; dies war aber sehr selten der Fall. Hinzu kommt, dass die rechtsorientierten Jugendlichen im Allgemeinen an solchen pädagogischen Maßnahmen nicht interessiert sind und ihnen sogar Widerstand entgegenbringen. Sie fühlen sich mit ihren rechten Orientierungen nicht ernst genommen und sehen nicht ein, warum sie sich verändern sollten. Auch bei den Maßnahmen, die nicht direkt auf die Veränderung rechter Orientierungen zielen, merken sie sehr schnell, was beabsichtigt ist, dass es zum Beispiel nicht um eine Erlebnisfreizeit geht, sondern ein anderer Zweck damit verbunden ist. Auch in diesem Fall fühlen sie sich nicht ernstgenommen.

Aus unserer subjektorientierten Forschungsstrategie haben wir gelernt, dass bei allen praktischen Maßnahmen die Adressaten ihren vollen Subjektstatus beibehalten sollen und dass sie in diesem Sinn sowohl als Personen als auch als politisch Handelnde ernstgenommen werden müssen. Eine einseitige Pädagogisierung der Beziehung ist demnach kontraproduktiv. »Die zentrale Stoßrichtung meiner Kritik an Konzepten antirassistischer Erziehung unter den Vorzeichen des Einstellungs-/Sozialisationsmodells bezieht sich also nicht primär auf deren notwendig autoritären, disziplinierenden Charakter o.ä., sondern darauf, dass sie *genuin wirkungslos, ja kontraproduktiv* sein muss: Wenn man die SchülerInnen unter Ausklammerung ihrer eigenen Subjektivität ihre rassistischen Einstellungen aberziehen will, sie also in ihrer Weltsicht

und personalen Integrität von vornherein negiert, muss man sich eigentlich nicht wundern, wenn sie da nicht mitspielen, sondern durch die Demonstration von gewünschten Erziehungsresultaten sich gegenüber jeder Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten abschirmen.« (Holzkamp 1997: 285f.) Dies gilt offenbar nicht nur für Schüler und Schülerinnen, sondern auch im außerschulischen Bereich. Die Adressaten der verschiedenen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus müssen nicht nur in ihren subjektiven Handlungs- und Denkformen ernst genommen werden, sondern es muss zugleich davon ausgegangen werden, dass sie selbst Gründe für ihr Handeln und ihre Orientierungen haben. Sie sollten also nicht als Spielball von äußeren Bedingungen und Verführungen aufgefasst werden, sondern als Subjekte, die als solche auch eine Verantwortung für sich und andere haben.

Die Ergebnisse unserer Studie lassen sich theoretisch zu der Aussage zusammenfassen, dass die politische Kultur in einer Gegend eine entscheidende Voraussetzung in Bezug auf den Rechtsextremismus darstellt und dass zusätzlich rechtsextreme Milieus von vielen als eigenständige politische Kultur aufgefasst werden und sie sich davon faszinieren lassen. Damit richtet sich der Blick über die individuellen Subjekte hinaus auf die politische Kultur in einer Region. Der Rechtsextremismus hat in den letzten Jahrzehnten kulturelle Formen entwickelt, die sich in Musik, Kleidung, Accessoires, Symbolen, Szeneläden und Kneipen ausdrückt. Diese rechte politische Kultur, die sich oft im vopolitischen Bereich verortet, übt auf viele eine Faszination aus, wie wir in unserer Studie feststellen konnten. Die Formen rechter Kultur werden natürlich von den Rechtsextremen und ihren Organisationen und Gruppen in einer Art kultureller Subversion genutzt, um ihren Einflussbereich auszuweiten. In der Arbeit gegen Rechtsextremismus kommt es darauf an, diese Faszination zu destruieren und vor allem andere Jugendkulturen zu stärken. Bei der politischen Arbeit gegen Rechtsextremismus wird viel zu wenig berücksichtigt, dass progressive Jugendkulturen ein entscheidendes Gegengewicht darstellen und dass sie die Hegemonie behalten oder zurückgewinnen müssen. Dabei sollten sie unterstützt werden. Zugleich sollten jedoch auch mit ihnen fragwürdige Aspekte ihrer Orientierungen und Praktiken diskutiert werden.

Die politische Kultur einer Region stellt zugleich das Umfeld dar, in das der Rechtsextremismus sich einnisten will. Nach unseren Beobachtungen setzten die Rechtsextremisten und ihre Organisationen vor allem an den Orten an, an denen sie für sich gute Bedingungen vorfinden und das heißt, an denen sie Anknüpfungspunkte für ihre Propaganda finden. Wenn also an einem Ort zum Beispiel die Ausländerfeindlichkeit ohnehin relativ hoch ist und es diesbezüglich schon Auseinandersetzungen gab, sehen Rechtsextremisten den Boden für sich bereitet. Dies vor allem dann, wenn sie auf keine Gegenwehr stoßen.

Aus unserer Studie geht hervor, dass eine besondere Form der lokalen Orientierung, die als Gegenbewegung gegen eine entgrenzte Globalisierung gesehen werden kann, einen entscheidenden Ansatzpunkt für Rechtsextremismus bietet. Dieser von uns »Lokalismus« genannte Prozess, der als Lokalpatriotismus in Erscheinung tritt und den Anschein von Provinzialismus erweckt, kann als künstlicher Versuch betrachtet werden, eine heile Vergangenheit lokal zu beschwören. Der Rückgriff auf die Vergangenheit wird bei den Rechtsextremen häufig zum Rückgriff auf die deutsche Vergangenheit und speziell die Zeit des Nationalsozialismus. Es wird in der Rechtsextremismusforschung viel zu wenig beachtet, dass die Jugendlichen meist nicht von Rechtsextremismus reden, sondern von den »Nazis«. Geschichtsunterricht als Gegenstrategie hilft hier nur begrenzt, da ja diese Denkweise im Lokalismus verwurzelt ist. Deshalb muss es in der Praxis mehr um die Gestaltung einer politischen Kultur gehen, die sich nicht im Lokalen einigelt.

Für die Abwehr des Rechtsextremismus in der eigenen politischen Kultur ist es ganz entscheidend, inwieweit Hinweise auf rechtsextreme Orientierungen oder Handlungen wahrgenommen und akzeptiert werden, wie sensibel man dafür ist und wie deutlich sie zurückgewiesen werden. Hier haben politisch und pädagogisch Verantwortliche eine große Verantwortung. Gerade bei ihnen konnten wir oft beobachten, dass nicht hingesehen, sondern wegesehen wird. Wir fanden vielfältige Formen der Duldung, der Verharmlosung und sogar der Unterstützung, vor allem aber stellten wir eine geringe Sensibilität für diese Phänomene fest. Der rechtsextremen kulturellen Subversion kann nur begegnet werden, wenn sie rechtzeitig erkannt wird und zwar auch in ihren verdeckten Formen. Dies stellt nicht nur einen Appell an alle Einzelnen, pädagogisch und politisch Verantwortlichen und Bürger dar, sondern ist ein Plädoyer für die Vernetzung der Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Erst wenn die Koordination der Handlungsstrategien zum Prinzip gemacht wird, kann eine Abwehr des Rechtsextremismus gelingen. Wenn also zum Beispiel bei angekündigten Aufmärschen von rechtsextremen Gruppen, pädagogische und politische Verantwortliche sich koordinieren und koordiniert die Abwehr organisieren, können die Rechtsextremisten nicht Fuß fassen. Das heißt, die Abwehr darf nicht kleinen antifaschistischen Gruppen allein überlassen werden. Die vielfältigen Aktionen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus dienen dem Aufbau einer politischen Kultur, die nicht die Ausgrenzung von anderen beinhaltet. Die Rechtsextremen brauchen ein Milieu, das sie teilweise unterstützt und dieses versuchen sie, durch aktionsorientierte Freizeitangebote, durch Besetzung des öffentlichen Raums und auch durch bürgerschaftliches Engagement herzustellen. Es muss ihnen deutlich gezeigt werden, dass sie in der entsprechenden Gegend keinen Nährboden vorfinden.

5.4 Allgemeine Handlungskonsequenzen

Bei unseren bisherigen Überlegungen standen junge Menschen im Mittelpunkt, da sich der Rechtsextremismus vor allem auf sie bezieht und die Jugendlichen in Schulen und Betrieben einen wichtigen Faktor der politischen Kultur und einer möglichen Gegenkultur bilden. Auch die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus richten sich zum großen Teil an Jugendliche. Aus diesen Gründen standen die Jugendlichen auch in unserer Untersuchung im Mittelpunkt. Wenn man aber das Konzept vertritt, dass der beste Schutz gegen Rechtsextremismus eine offene politische Kultur darstellt – und zu diesem Schluss kamen wir –, dann stehen nicht mehr nur die Jugendlichen im Mittelpunkt, sondern die Bürger/innen insgesamt und das schließt alle Altersgruppen, Schichten und Positionen ein. Unser Ansatz, an der politischen Kultur selbst zu arbeiten, wird vor allem in den Gewerkschaften geteilt. Gemeint sind hierbei aber vor allem gewerkschaftliche Funktionsträger sowie gewerkschaftliche Funktionäre und Gremien. Die typischen Gewerkschaftsmitglieder sind, wie eine Berliner Forschungsgruppe feststellte (Zeuner u.a. 2007), nicht weniger anfällig für Rechtsextremismus als andere Gruppen der Gesellschaft. Die Berliner Forschungsgruppe hat in ihrem jüngsten Projekt alle Altersgruppen in die Untersuchung einbezogen und kommt auf dieser Grundlage zu einigen Vorschlägen (Zeuner u.a. 2007: 96-114). Die allgemeinen Handlungskonsequenzen aus ihrer Untersuchung fassen sie in zwölf Punkten zusammen. Diese werden im Folgenden aufgegriffen, soweit sie mit unseren Ergebnissen übereinstimmen.

1. Den Kampf um die »Köpfe« ernster nehmen

Die sozioökonomische Lage und ihre Veränderung scheint für viele heute bedrohlich. Diese Bedrohung setzt sich jedoch nicht von selbst in Rechtsextremismus um, es kommt vielmehr auf die »Verarbeitung und Deutung von Erfahrungen und Ängsten an« (ebd.: 98). Es kommt also auf die Deutung der gesellschaftlichen Prozesse an und es gilt die falschen Deutungen des Rechtsextremismus zurückzuweisen. Ebenso sind die Lösungsvorschläge, die der Rechtsextremismus macht, um die Lage zu verbessern (zum Beispiel »Ausländer raus«) zurückzuweisen und durch bessere zu ersetzen. Hier geht es also um eine Auseinandersetzung, bei der die Rechtsextremisten beim Wort genommen werden und bei der man sich mit ihnen auseinandersetzt.

2. Es sind humane und inhumane Deutungen zu unterscheiden.

Deutungen, die eine Lösung von gesellschaftlichen Problemen in der Ausgrenzung und Vertreibung von anderen sehen, müssen nicht nur als falsch, sondern auch als inhuman zurückgewiesen werden.

3. *Dumme Sprüche mit rechtsextremem Hintergrund sind nicht harmlos, sie dürfen nicht einfach übergangen oder toleriert werden.*

Dies hat zum Beispiel der Vorsitzende der IG-Metall Berthold Huber bei der Delegiertenkonferenz der IG-Metall 2007 erkannt, als er nach derben Witzen und Sprüchen einer eingeladenen Kabarettistin ans Mikrofon trat und sehr deutlich Ansätze von Rassismus und Sexismus zurückgewiesen hat.

4. *Die in Betrieb, Schule und Kommune Verantwortlichen müssen rechtsextremen Deutungen in ihrer Alltagsarbeit entschieden entgegenreten.*

5. *Dazu müssen »zivilgesellschaftliche Bündnisse« (S. 102) geschlossen werden.*

Diese sollten alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen, soweit es möglich ist, einschließen. Es geht hier um die Vernetzung von Gruppen, Bewegungen, Organisationen und Mitgliedern von Institutionen.

6. *Die politische Bildungsarbeit ist ein Teil der politischen Kultur und muss von zuständigen Organisationen und staatlichen Instanzen stärker angefordert werden.*

7. *Deutungen sind auch Wertentscheidungen und es geht deshalb auch um den Kampf um Werte.*

Wenn Menschen nur nach ihrem Nutzen betrachtet werden und als Mensch nicht anerkannt werden, so stellt das die Vorstufe zur Ausgrenzung dar und muss zurückgewiesen werden.

8. *Jede Art von Bildungsarbeit muss auch die »eigene Urteilskraft und Kritikfähigkeit der zu Bildenden fördern« (S. 112)*

Damit wird der Subjektcharakter der Beteiligten unterstützt und pädagogische Manipulation eingeschränkt. Das schließt die Stärkung von Zivilcourage ein. Selbstständiges Denken ist die Voraussetzung dafür, dem Gruppendruck standzuhalten.

9. *»Dass Nationalisten altmodisch, kleingeistig und deshalb auch wenig erfolgstüchtig sind, ist ein starkes Argument gegen Rechtsextremismus« (S. 114)*

Wer sich ernsthaft mit rechtsextremen Orientierungen auseinandersetzen will, braucht selbst ein gutes Maß politischer Bildung, das heißt, er muss über qualifizierte Deutungen der gesellschaftlichen und auch der internationalen Situation verfügen.